

## INHALTSVERZEICHNIS

<b>1. Teil: Einleitung .....</b>	<b>1</b>
<b>1. Abschnitt: Die Aufgaben in der staatsanwaltlichen Assessorklausur .....</b>	<b>1</b>
<b>2. Abschnitt: Erfassen der Aufgabe .....</b>	<b>2</b>
A. Aktenvollständigkeit.....	2
B. Bearbeitervermerk.....	2
C. Lückenlose Aktenkenntnis .....	3
D. Feststellung des Beschuldigten.....	3
<b>2. Teil: Das Gutachten .....</b>	<b>5</b>
<b>1. Abschnitt: Das materiell-rechtliche Gutachten (A-Gutachten) .....</b>	<b>5</b>
A. Bildung von Tatkomplexen.....	5
B. Reihenfolge der Prüfung der Tatbeteiligten.....	5
C. Vorauswahl der Strafgesetze .....	6
D. Reihenfolge der Deliktsprüfung .....	6
<b>2. Abschnitt: Zur Prüfung der jeweils im Einzelfall in Betracht kommenden Delikte .....</b>	<b>7</b>
A. Prüfung der Verdachtsgrade .....	7
B. Einleitungssatz .....	9
C. Deliktsbezogene Verfolgungsvoraussetzungen und -hindernisse .....	10
I. Strafantrag oder besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse .....	10
1. Strafantrag .....	10
a) Antragsbedürftigkeit des jeweiligen Delikts .....	10
b) Vorliegen eines Strafantrages .....	11
c) Antragsberechtigung .....	11
d) Form und Frist .....	11
2. Bejahung des besonderen öffentlichen Strafverfolgungsinteresses .....	12
II. Verjährung .....	13
1. Ermittlung der Verjährungsfrist .....	14
2. Verjährungsbeginn .....	14
3. Verschiebung des Verjährungseintritts: Ruhens oder Unterbrechung der Verjährung .....	14
III. Tod des Beschuldigten .....	15
IV. Strafunmündige .....	16
V. Strafklageverbrauch und sonstige Fälle von Sperrwirkung für die Strafverfolgung .....	16
1. Sperrwirkungsfähige Entscheidungen .....	16
a) Umfassende Sperrwirkung .....	16
b) Sperrwirkung nur für die erneute Verfolgung der Tat als Vergehen oder Ordnungswidrigkeit .....	17
c) Beschränkte Sperrwirkung, soweit keine neuen Tatsachen oder Beweismittel vorliegen .....	17
d) Keine Sperrwirkung für erneute Strafverfolgung .....	17
2. Persönliche Reichweite der Sperrwirkung .....	18
3. Prozessuale Tatidentität .....	18
VI. Sonstige Verfahrenshindernisse .....	20
D. Prüfung und Darstellung der materiell-rechtlichen Merkmale .....	20
I. Allgemeine Regeln .....	20
II. Streitstände in Assessorklausuren .....	21
E. Beweisbarkeit der einzelnen Deliktsmerkmale .....	23
I. Prüfungsstandort .....	23
II. Beweisbedürftige Tatsachen .....	23

III.	Beweismittel .....	24
1.	Arten .....	24
2.	Unmittelbarkeitsgrundsatz und Ersetzungsverbot in der staatsanwaltlichen Assessorklausur .....	25
IV.	Beweisverbote .....	27
1.	Systematik .....	27
a)	Arten von Beweisverboten .....	27
b)	Rechtsgrundlagen .....	28
c)	Reichweite .....	28
d)	Widerspruch des Beschuldigten .....	29
2.	Beweisverwertungsfragen in der staatsanwaltlichen Assessorklausur .....	29
a)	Verwertungsverbote von Äußerungen Beschuldigter .....	29
aa)	Bei Vernehmungen .....	30
bb)	Außerhalb förmlicher Vernehmungen (§ 136 a StPO analog und „Fair trial“) .....	34
b)	Verwertungsverbote bei Zeugenaussagen .....	35
aa)	Keine Belehrung über das Zeugnisverweigerungsrecht (ZVR) .....	35
bb)	Zu erwartende Berufung auf das ZVR in der Hauptverhandlung .....	36
cc)	Keine Belehrung über das Aussageverweigerungsrecht (AVR) .....	39
dd)	Verbogene Vernehmungsmethoden .....	39
ee)	Spezielle Beweiserhebungs- und Verwertungsverbote gegenüber zeugnisverweigerungsberechtigten Personen .....	39
c)	Verwertungsverbote im Zusammenhang mit Zwangsmitteln .....	40
aa)	Körperliche Untersuchungen von Beschuldigten und Zeugen, §§ 81 a, 81 c StPO .....	40
bb)	Durchsuchung, §§ 102 ff., und Beschlagnahme, §§ 94 ff. StPO .....	41
cc)	Überwachung des Fernmeldeverkehrs, §§ 100 a ff. StPO, Abhören in und außerhalb der Wohnung, §§ 100 c ff., 100 f. StPO .....	43
d)	Verbot negativer Schlüsse .....	43
aa)	Aussageverhalten Beschuldigter .....	44
bb)	Aussageverhalten von Zeugen .....	45
V.	Beweiswürdigung .....	45
1.	Einfache Beweiswürdigungen .....	46
a)	Der Beschuldigte ist geständig und seine Einlassung steht im Einklang mit den vorhandenen Beweismitteln .....	46
b)	Der Beschuldigte lässt sich nicht zur Sache ein oder bestreitet den Tatvorwurf und Beweismittel fehlen oder sind unergiebig .....	46
2.	Fälle mit komplexen Beweiswürdigungen .....	47
a)	Zu den einzelnen Beweismitteln .....	47
aa)	Abstrakte Zuverlässigkeit der Beweismittel .....	47
bb)	Gegenstand der Beweiswürdigung bei Angaben von Beschuldigten und Zeugen .....	48
b)	Gesamtbewertung .....	50
VI.	Die strafrechtlichen Zweifelsregeln .....	52
1.	In dubio pro reo .....	52
2.	Postpendenz .....	54
3.	Tatsachenalternativität (unechte oder auch gleichartige Wahlfeststellung) .....	54
4.	Echte (ungleichartige) Wahlfeststellung .....	55
F.	Konkurrenzen, Ergebnis der materiellen Prüfung und für die Abschlussverfügung relevante Rechtsfolgen der Tat .....	57
I.	Konkurrenzen und Gesamtergebnis .....	57
II.	Für die Abschlussverfügung relevante Rechtsfolgen der Tat .....	57

1. Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB .....	58
2. Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten .....	59
a) Einziehung von Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten bei Tätern und Teilnehmern gemäß §§ 74 ff. StGB .....	59
b) Einziehung von Taterträgen bei Tätern und Teilnehmern gemäß §§ 73 ff. StGB .....	60
<b>3. Abschnitt: Das verfahrensrechtliche Gutachten (B-Gutachten) .....</b>	<b>61</b>
A. Für das B-Gutachten relevante Einstellungsfragen im Zusammenhang mit der (Teil-)Einstellung des Verfahrens .....	61
I. (Teil-)Einstellung nach § 154 f StPO .....	62
II. (Teil-)Einstellung nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO .....	63
1. Selbstständige prozessuale Tat .....	64
a) Kein hinreichender Tatverdacht für einzelne Delikte derselben prozessualen Tat .....	64
b) Kein hinreichender Tatverdacht für eine von mehreren prozessualen Taten .....	65
2. Einstellungsbescheid und Rechtsbelehrung über das Klageerzwingungsverfahren, §§ 171 f. StPO .....	66
a) Einstellungsbescheid .....	66
b) Rechtsbelehrung über das Klageerzwingungsverfahren .....	66
aa) Begriff des Verletzten .....	66
bb) Privatklagedelikte und Klageerzwingungsverfahren .....	67
3. Einstellungsnachricht .....	67
4. Belehrung nach dem Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen (StrEG) .....	67
5. Aufhebung noch nicht erledigter Zwangsmaßnahmen .....	67
III. Besonderheiten der (Teil-)Einstellung bei Privatklagedelikten .....	68
1. Privatklagedelikte .....	68
2. Prozessvoraussetzung, § 376 StPO .....	68
a) Begriff des öffentlichen Interesses .....	68
b) Offizialverfahren bei Vorliegen des öffentlichen Interesses .....	69
c) Privatklageverfahren bei Nichtvorliegen des öffentlichen Interesses ....	69
d) Jugendliche und Heranwachsende .....	70
3. Privatklagedelikte und Offizialdelikte in einer prozessualen Tat .....	70
a) Keine Verfahrensaufspaltung .....	70
b) Privatklagedelikte und Offizialdelikte ohne Verletzteneigenschaft in einer prozessualen Tat .....	71
4. Mehrere prozessuale Taten .....	71
B. Im B-Gutachten relevante Fragestellungen im Zusammenhang mit der Anklageerhebung .....	72
I. Bejahung des besonderen öffentlichen Verfolgungsinteresses bei fehlendem Strafantrag .....	72
II. Bestimmung des zuständigen Gerichts .....	73
1. Sachliche und funktionelle Zuständigkeit .....	73
a) Zuständigkeit der allgemeinen Strafgerichte erster Instanz .....	73
b) Zuständigkeit der Jugendgerichte erster Instanz .....	74
2. Örtliche Zuständigkeit .....	75
a) Verfahren gegen Erwachsene .....	75
b) Verfahren gegen Jugendliche .....	75
III. Beiordnung eines Pflichtverteidigers .....	76
IV. Untersuchungshaft bei noch nicht inhaftierten Beschuldigten .....	78
1. Antrag auf Erlass eines Haftbefehls gegen noch nicht inhaftierte Beschuldigte nach § 112 StPO (ohne Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls) .....	78
2. Aussetzung des Vollzugs des Haftbefehls .....	79

V. Bereits inhaftierter Beschuldigter .....	80
VI. Antrag auf vorläufige Entziehung der Fahrerlaubnis .....	83
VII. Antrag auf Einziehung von Taterträgen, Tatprodukten, Tatmitteln und Tatobjekten nach §§ 111 b ff. StGB, die Herausgabe beweglicher Sachen gemäß § 111 n StGB und das Absehen von der Einziehung nach § 421 StPO .....	84
VIII. Mitteilungspflichten .....	85
IX. Fristen .....	86
<b>3. Teil: Die Praxisentscheidung der Staatsanwaltschaft .....</b>	<b>87</b>
<b>1. Abschnitt: Die Abschlussverfügung .....</b>	<b>87</b>
A. Funktionen und Inhalt staatsanwaltschaftlicher Verfügungen.....	87
I. Formale Erfordernisse .....	87
II. Verfügungsinhalte .....	87
1. Vermerke .....	87
2. Entscheidungen .....	88
3. Benachrichtigungen und Mitteilungen .....	88
4. Anordnungen .....	88
5. Bescheide und Schreiben .....	88
B. Inhalt und Form .....	88
I. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 154 f StPO .....	88
II. Einstellungsverfügung und -bescheid bei einer Einstellung nach § 170 Abs. 2 S. 1 StPO .....	90
1. Einstellungsbescheid .....	90
2. Einstellungsverfügung und -bescheid in Norddeutschland .....	90
3. Einstellungsverfügung und -bescheid in Bayern und Baden-Württemberg .....	92
C. Verfügung bei Erhebung der öffentlichen Klage (Begleitverfügung).....	93
I. Inhalt der Begleitverfügung .....	93
1. Einleitungsvermerk .....	93
2. Abschluss der Ermittlungen .....	93
3. Beschränkungen der Anklageschrift .....	93
4. Fertigung der Anklageschrift in Reinschrift .....	94
5. Entwurf und Überstück der Anklageschrift .....	94
6. Ablichtung des Bundeszentralregisterauszugs zu den Handakten .....	94
7. Mitteilungen nach der MiStra .....	94
8. „U.m.A.“ .....	94
9. Zusätzliche Anträge .....	94
10. Wiedervorlagefrist .....	95
II. Muster einer Begleitverfügung .....	95
1. Typische Begleitverfügung .....	95
2. Begleitverfügung mit (Teil-)Einstellung .....	96
a) Begleitverfügung in Norddeutschland .....	96
b) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Bayern .....	97
c) Entschließung der Staatsanwaltschaft in Baden-Württemberg .....	98
<b>2. Abschnitt: Die Anklageschrift .....</b>	<b>98</b>
A. Funktionen und verfahrensrechtliche Bedeutung .....	98
I. Umgrenzungsfunktion .....	98
II. Informationsfunktion .....	98
III. Verfahrensrechtliche Bedeutung .....	98
B. Form und Inhalt .....	99
I. Anklagesatz .....	99
1. Kopf der Anklageschrift .....	100

2. Adressat der Anklage .....	100
3. Überschrift mit der Bezeichnung „Anklageschrift“ .....	100
4. „Rubrum“ .....	100
a) Angaben zur Person .....	101
b) Angaben zur Haft oder Unterbringung .....	102
c) Benennung des Verteidigers .....	103
5. Eingangsformel „wird/werden angeklagt“ .....	103
6. Bezeichnung der Tat .....	103
a) Tatzeit und Tatort .....	103
b) Deliktsübergreifende Angaben .....	105
aa) Reifegrad jedes Angeklagten .....	105
bb) Täterschaftsformen und wechselnde Tatbeteiligung .....	105
c) Sonderfälle Tatsachenalternativität, Postpendenz, Wahlfeststellung .....	106
d) Konkurrenzen .....	107
7. Gesetzliche Merkmale der Tat .....	109
a) Nur die zur Last gelegten Tatbestandsmerkmale .....	109
b) Die einschlägigen Bestimmungen des Allgemeinen Teils .....	110
aa) Versuch, § 22 StGB .....	110
bb) Anstiftung und Beihilfe, §§ 26, 27 StGB .....	111
cc) Versuch der Beteiligung, § 30 StGB .....	111
dd) Unterlassen, § 13 StGB .....	112
c) Die einschlägigen Bestimmungen des Besonderen Teils .....	112
aa) Qualifikationstatbestände .....	112
bb) Regelbeispiele .....	112
cc) Vorsatz und Fahrlässigkeitsvarianten desselben Delikts .....	113
dd) Ungeschriebene Tatbestandmerkmale und allgemeine Deliktsmerkmale .....	113
ee) Anschlussdelikte und Vollrausch .....	114
ff) Rechtsfolgennormen .....	114
8. Die Konkretisierung .....	116
a) Diebstahl im Zustand der verminderten Schuldfähigkeit, §§ 242, 21 StGB .....	117
b) Vorsätzliche Trunkenheit im Verkehr, § 316 StGB, und Entziehung der Fahrerlaubnis, § 69 StGB .....	117
c) Mittäterschaft, § 25 Abs. 2 StGB, und mehrere gleichartige Straftaten .....	118
d) § 223 StGB und § 229 StGB .....	118
9. Angabe der verletzten Strafgesetze .....	119
10. Strafantrag und besonderes öffentliches Verfolgungsinteresse .....	120
<b>II. Beweismittel .....</b>	<b>121</b>
1. Angaben des Angeklagten, ggf. auch von Mitangeklagten .....	121
2. Zeugen .....	122
3. Sachverständige .....	122
4. Urkunden .....	123
5. Gegenstände richterlichen Augenscheins („Überführungsstücke“) .....	123
6. Beiakten .....	123
<b>III. Wesentliches Ergebnis der Ermittlungen .....</b>	<b>124</b>
1. Zur Person .....	125
2. Zur Sache .....	126
<b>IV. Der Antrag .....</b>	<b>128</b>
<b>V. Unterschrift .....</b>	<b>128</b>
<b>C. Besonderheiten der Anklageschrift in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg.....</b>	<b>130</b>

<b>4. Teil: Endkontrolle .....</b>	136
<b>5. Teil: Besondere Aufgabenstellungen .....</b>	141
<b>1. Abschnitt: Der Strafbefehl .....</b>	141
A. Die Prüfung im verfahrensrechtlichen Gutachten .....	141
I. Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	141
1. Anwendung allgemeinen Strafrechts .....	141
2. Vergehen, die zur Zuständigkeit des Strafrichters gehören, § 25 GVG .....	141
3. Rechtsfolgen des § 407 Abs. 2 StPO .....	141
4. Nichterforderlichkeit der Hauptverhandlung .....	142
II. Bestimmung der Rechtsfolge und Kostenentscheidung .....	142
III. Ergänzende Prüfungspunkte im verfahrensrechtlichen Gutachten .....	142
B. Die Entschließung der Staatsanwaltschaft bei einem Antrag auf Erlass eines Strafbefehls nach § 407 StPO .....	143
I. Die Abschlussverfügung .....	143
II. Form und Inhalt der Strafbefehls .....	144
<b>2. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Haftbefehls .....</b>	146
A. A-Gutachten .....	146
I. Dringender Tatverdacht .....	146
II. Haftgründe .....	147
1. Flucht, § 112 Abs. 2 Ziff. 1 StPO .....	147
2. Fluchtgefahr, § 112 Abs. 2 Ziff. 2 StPO .....	147
3. Verdunkelungsgefahr, § 112 Abs. 2 Ziff. 3 StPO .....	148
4. Schwerkriminalität, § 112 Abs. 3 StPO .....	148
5. Wiederholungsgefahr, § 112 a StPO .....	149
III. Verhältnismäßigkeit, § 112 Abs. 1 S. 2 StPO .....	149
B. B-Gutachten .....	149
C. Form und Inhalt des Antrags auf Erlass eines Haftbefehls .....	150
<b>3. Abschnitt: Der Antrag auf Erlass eines Durchsuchungsbeschlusses,     §§ 102, 103, 105 StPO .....</b>	152
A. A-Gutachten .....	153
I. Anfangsverdacht für das Vorliegen einer Straftat .....	153
II. Auffindungsvermutung .....	153
III. Verhältnismäßigkeit .....	154
B. B-Gutachten .....	154
C. Inhalt und Form des Antrages auf Erlass eines Durchsuchungs- beschlusses .....	155
<b>Stichwortverzeichnis .....</b>	159